



Projekt der Europäischen Bürger:innenbank in Deutschland und Österreich

April – Juni 2021

Kurzbericht



Kofinanziert von der
Europäischen Union



PositiveMoney
Europe

Ergebnisse aus Deutschland und Österreich

Motivation und Hintergrund des Projekts

Geldpolitische Entscheidungen haben erhebliche Auswirkungen auf uns alle. Sie bedürfen deshalb, so sind wir überzeugt, einer demokratischen Auseinandersetzung. Hierfür Grundlagen und Möglichkeiten zu schaffen war und ist das Anliegen unseres Projekts der „Europäischen Bürger:innenbank“.

Aufbau: Plattform, Webinare und Bürger:innenversammlung

Es gab drei Hauptpfeiler im Projekt. Zum einen gab es die Online-Plattform, die das Fundament aller Aktivitäten darstellte. Hier konnten Menschen sich über die Funktionsweise der Europäischen Zentralbank sowie über mögliche Leitplanken der zukünftigen Ausrichtung der Geldpolitik informieren, diskutieren und abstimmen. Zum anderen gab es eine Reihe von Experten-Webinars, die ein Angebot für Menschen waren, sich mit einem bestimmten Thema tiefgehender auseinanderzusetzen und eventuelle Fragen hierzu beantwortet zu bekommen. Zuletzt gab es die Bürger:innenversammlung, bei der ausgewählte Bürger:innen über konkrete Vorschläge für die EZB abstimmten.

Klima und Umwelt

Die EZB bevorteilt momentan CO₂-intensive Unternehmen bei ihren Anleihekäufen, anstatt die Klimaschutzpolitik der Europäischen Union zu unterstützen. In unserem Experten-Webinar waren sich Dr. Mauricio Vargas von Greenpeace, Dr. Silke Tober vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung sowie Magdalena Senn von der NGO Finanzwende einig bei der Wichtigkeit der Berücksichtigung des Klimawandels in den geldpolitischen Operationen, doch uneinig bei der Frage, ob die Bekämpfung des Klimawandels auch expliziter Teil der EZB-Strategie sein sollte. Diese Frage wurde auch in der Bürger:innenversammlung diskutiert. Während radikalere Vorschläge wie eine Umweltwährung wenig Zustimmung erhielten, sprach sich eine Mehrzahl der Teilnehmenden für eine EZB-Verpflichtung gegenüber dem 1.5°C-Ziel aus.

Inflation und Zinsen

Die massiven Anleihekaufprogramme der EZB haben negative Nebeneffekte auf Immobilienpreise, halten auch unprofitable Unternehmen künstlich am Leben und machen Staaten abhängig vom Geldtropf der EZB. Im Experten-Webinar mit Professor Volker Wieland, Professor Gunther Schnabel, Dr. Jürgen Michels und Lea Steininger diskutierten wir vor allem, wie die EZB-Politik Immobilienpreise und Wohnkosten in die Höhe treibt und was sie eventuell dagegen tun kann. Ein Vorschlag, der auch im Webinar Anklang fand, traf in der Bürger:innenversammlung kaum auf Gegenstimmen: Der Einbezug der vollständigen Wohnkosten in den von der EZB genutzten Inflationsindex. Eine Abänderung oder langsames Ende der Anleihekaufprogramm fand nur mäßige Zustimmung.

Finanzmärkte

Bei der Vermittlung der EZB-Geldpolitik über Banken und den Anleihenmarkt können einige Verzerrungseffekte auftreten, die nicht im Interesse der Bürger:innen sind. Um diesem entgegenzuwirken, kann die EZB auf Banken durch z. B. angepasste Refinanzierungsbedingungen einwirken und so stärker deren Kreditvergabe in Richtung nachhaltigen und sozialen Wirtschaftsaktivitäten lenken. Ebenfalls könnte die EZB auch direkt Geld an Bürger:innen verteilen (das sogenannte Helikoptergeld), anstatt den Umweg über Banken und Anleihenmärkte zu gehen. Ersterer Vorschlag war der zweit beliebteste in der Bürger:innenversammlung. Ein konkreterer Vorschlag – die EZB-Finanzierung von gemeinwohlorientierten Unternehmen – schaffte es gerade noch so in die Top 10. Der Vorschlag des Helikoptergeldes wurde kontrovers diskutiert und landete auf Platz 8.

Demokratie und Fiskalpolitik

Die aus den Kriseninterventionen der EZB resultierende Macht der EZB sollte kein Dauerzustand sein, sondern der Fokus sollte wieder mehr auf die Fiskalpolitik gelegt werden und/oder das Europäische Parlament sollte der EZB mehr demokratische Legitimität verschaffen. Im Experten-Webinar diskutieren Bundestagsabgeordnete Lisa Paus, Rechtsprofessorin Isabel Feichtner und Politikwissenschaftler Sebastian Diessner über die demokratische Kontrolle

der Zentralbank. Lisa Paus fand, dass das nach Vorne gehen der Fiskalämter eine attraktive Antwort ist. Hierzu sollten die Fiskalregeln reformiert werden – ebenfalls ein beliebter Vorschlag in der Bürger:innenversammlung. Ein radikalerer Vorschlag – die Aufhebung des Verbots der monetären Staatenfinanzierung – schaffte es gerade noch in die Top 10 der Vorschläge. Der Vorschlag, der in der ganzen Bürger:innenversammlung an meisten Zustimmung erntete, griff die Rolle des Europäischen Parlaments auf und forderte eine regelmäßige Überprüfung des EZB-Mandats.

Digitalisierung

Die Digitalisierung hat in Form der zahlreich aufkommenden Kryptowerte und Stable Coins Druck auf die EZB ausgeübt, selber eine digitale Währung einzuführen. Ob die EZB dies wirklich tun sollte und was die Vorteile von verschiedenen Designs dieser Digitalwährung – ein digitaler Euro – sein würde, diskutieren im Experten-Webinar der Blockchain Experte Professor Philipp Sandner, der Ökonom Professor Peter Bofinger und der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler. In der Bürger:innenversammlung wurden verschiedene Formen von einem digitalen Euro diskutiert, doch keiner der entsprechenden Vorschläge schaffte es in die Top 10. Noch am ehesten griff der Vorschlag, Geldschöpfung komplett in die öffentliche Hand zu bringen, das Potential eines digitalen Euros auf.

Top 10 Vorschläge aus der Bürger:innenversammlung

Vorschlag	Narrativ	Daumen hoch
<u>EZB-Mandat demokratisch überprüfen</u> <i>Ein demokratisch gewähltes Gremium, wie das Europäische Parlament, sollte das Mandat der EZB alle 10 Jahre überprüfen und aktualisieren.</i>	Demokratie & Fiskalpolitik	14
<u>Eine faire und nachhaltige Kreditvergabe der Banken fördern</u> <i>Banken, die Kredite an umweltfreundliche und sozial nachhaltige Unternehmen vergeben, sollten von der EZB zu besseren Konditionen refinanziert werden.</i>	Finanzmärkte	12
<u>Die EZB verpflichtet sich dem 1.5°C-Ziel</u> <i>Die EZB sollte sich in ihrer Strategie der Erfüllung des Paris Abkommens verschreiben.</i>	Klima und Umwelt	12
<u>Wohnkosten in den Inflationsindex einbeziehen</u> <i>Die EZB sollte Kosten für selbstgenutztes Wohneigentum in den HCIP inkludieren.</i>	Inflation und Zinsen	11
<u>Geldschöpfung in die öffentliche Hand</u> <i>Kommerzielle Banken sollten nur noch reine Vermittler von Sparvermögen sein und nicht mehr selber durch Kreditvergabe Geld schöpfen.</i>	Sonstiges	10
<u>EU-Fiskalregeln zur Erhöhung der öffentlichen Ausgaben reformieren</u> <i>Die Regeln sollten die Regierungen ermutigen, in langfristige Investitionen wie in eine grüne Infrastruktur zu investieren, anstatt sie daran zu hindern.</i>	Demokratie & Fiskalpolitik	9
<u>Die Anleihekaufprogramme abändern oder stoppen</u> <i>Das Volumen der Anleihekaufprogramme sollte reduziert werden und deren Ausstieg eingeleitet werden.</i>	Inflation und Zinsen	8
<u>Helikoptergeld</u> <i>Die EZB sollte Geld direkt an Haushalte und Firmen überweisen, anstatt über den Finanzmarkt ihre Geldpolitik.</i>	Inflation und Zinsen	7
<u>Direkte Staatsfinanzierung</u> <i>Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung sollte aufgehoben werden.</i>	Demokratie & Fiskalpolitik	6
<u>Profitunabhängige Finanzierung von gemeinwohlorientierten Unternehmen</u> <i>Durch eine Änderung der ESZB Satzung sollte es der EZB erlaubt werden, gemeinwohlorientierte Unternehmen direkt zu finanzieren.</i>	Finanzmärkte	5